

Zeit für eine neue Wirtschafts- und Handelspolitik!

TTIP, CETA, TiSA und auch das europäisch-japanische Handelsabkommen JEFTA sind Symptome einer falschen Wirtschafts- und Handelspolitik, die wir verändern wollen. Jahrzehnte neoliberaler Globalisierungspolitik haben zu extremer und wachsender Ungleichheit geführt. Durch Strukturanpassungsprogramme sind diese Probleme meist noch verschärft worden. Die „ökonomischen Partnerschaftsabkommen“ der EU mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländergruppen (EPAs) setzen diese strukturelle Gewalt fort. Auch in Deutschland ist rund ein Drittel der Beschäftigten in einem weiter wachsenden Niedriglohnsektor gefangen bzw. von prekärer Beschäftigung betroffen. In Südeuropa ist die Arbeitslosigkeit gerade unter jungen Menschen auf Rekordhöhe gestiegen. Die bäuerliche Landwirtschaft kämpft weltweit ums Überleben. Von der dringend notwendigen Transformation unseres Wirtschaftens zur Nachhaltigkeit sind wir weit entfernt.

Doch Europas Regierungen und die EU-Kommission setzen unbeirrt weiter auf diese zerstörerische Politik. Millionen Menschen haben nicht nur gegen TTIP und CETA demonstriert und unterschrieben, sondern gegen diese Politik.

Für einen gerechten Welthandel braucht es:

- eine bessere Regulierung und Besteuerung von Konzernen, keine Paralleljustiz
- eine Neuorientierung hin zu globalen sozialen Rechten und Menschenrechten, keinen globalen Konkurrenzkampf aller gegen alle
- ein Festschreiben der ILO-Kernarbeitsnormen statt ihrer Aushöhlung
- eine bäuerliche Landwirtschaft in der Region für die Region, keine weltmarktorientierte Agrarindustrie
- den Schutz und die Wiederherstellung von Vorsorgeprinzip und öffentlicher Daseinsvorsorge, nicht deren Abschaffung bzw. Kommerzialisierung
- eine Sicherung demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten statt deren Einschränkung
- eine nachhaltige Wirtschaft in den ökologischen Grenzen des Planeten, keine Intensivierung von Naturausbeutung und Umweltzerstörung.

Daher fordern wir ein Moratorium für alle derzeit verhandelten Freihandelsabkommen. Alle diesbezüglichen Verhandlungsmandate sind zu veröffentlichen. Die globale Handelspolitik muss in einer demokratischen und ergebnisoffenen breiten Diskussion neu ausgerichtet werden.

Das „Rheinland-Pfälzische Netzwerk Gerechter Welthandel“ ist Teil einer internationalen Bewegung. In vielen Staaten setzen sich Menschen gegen neoliberale Handelsabkommen ein. Wir treten gemeinsam ein für eine solidarische Welt, in der Vielfalt eine Stärke ist. Wir wenden uns deshalb gegen jede Form von Rassismus, Rechtspopulismus und nationalen Ressentiments. Wir wollen ein Europa der Menschen, welches nach innen und außen eine Politik der Offenheit und demokratischen, emanzipatorischen Entwicklung vertritt, in welcher die Menschen nicht aus Angst voreinander, sondern miteinander leben und arbeiten. Dabei geht es um den Schutz der Grundlagen für ein Leben in Würde – auch für die Zukunft.

Es geht um gerechtere Verteilung und um Solidarität und Gemeinwohlorientierung als Wertebasis.
Es ist Zeit für eine neue Politik!

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. Landesverband Rheinland-Pfalz – Saarland	
AG Frieden Trier	
attac Regionalgruppen Rheinland-Pfalz	
Bioland Rheinland-Pfalz/Saarland	
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.	
BUNDjugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.	
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Rheinland-Pfalz	
Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Landesverband Rheinland-Pfalz	
Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN) e.V.	
linkswärts e.v.	
Mainzer Gruppe der ökumenischen Versammlung	
Mehr Demokratie e.V. Rheinland-Pfalz	
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau	

Stand: Dezember 2017